



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
29.11.2024 die tageszeitung: Gorlebens allerletztes Kapitel beginnt	4
29.11.2024 Landshuter Zeitung: Faire und praktikable Lösung gesucht	5
28.11.2024 Braunschweig Spiegel: Schacht Konrad: Entsorgungskommission fordert Missachtung von Grund- und Trinkwasserschutz	6

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Von Reimar Paul
Seite: 8 bis 8
Rubrik: wirtschaft + umwelt

Jahrgang: 2024
Nummer: 20241129
Auflage: 26.759 (gedruckt)¹ 44.342 (verkauft)¹
45.652 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,295 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 3/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Gorlebens allerletztes Kapitel beginnt

Das Erkundungsbergwerk für ein Endlager wird wieder zugeschüttet. Das erfreut die Atomkraftgegner

Es ist der letzte Akt in der wechselvollen Geschichte der Auseinandersetzung um ein Atommüllendlager in Gorleben: An diesem Freitag beginnt die Verfüllung des Erkundungsbergwerks im Gorlebener Wald, bestätigte die Bundesgesellschaft für Endlagerung auf Anfrage. Der unterirdische Salzstock war über Jahrzehnte als einziger Standort auf seine Tauglichkeit als dauerhafte Lagerstätte für hochradioaktive Abfälle untersucht worden.

Rund 400.000 Kubikmeter Salz, das derzeit auf einer riesigen Halde im Gorlebener Wald lagert, sollen in den nächsten Jahren wieder in die aufgebohrten oder durch Sprengungen geschaffenen Hohlräume zurückbefördert werden. Den Zuschlag für den Job erhielt in einer Ausschreibung eine Bietergemeinschaft aus dem Ruhrgebiet. An ihr sind die Firmen Redpath Deilmann aus Dortmund und Thyssen Schachtbau aus Mülheim an der Ruhr beteiligt. Sie stehen

vor keiner leichten Aufgabe. Denn im Lauf der Zeit hat sich das aus dem Untergrund geholte Salz verdichtet, durch den Einfluss der Witterung ist es wieder steinhart geworden. „Der erste Schritt der Arbeiten besteht denn auch darin, das Salz aufzufräsen“, erläutert BGE-Sprecherin Monika Hotopp.

Die Atomkraftgegner im Wendland zeigen sich über den angekündigten Beginn des Rückbaus erleichtert. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hatte zuletzt massiv darauf gedrängt, dass die Verfüllung noch vor der Bundestagswahl im Februar beginnt, „um zu verhindern, dass noch einmal um Gorleben gepokert werden könnte“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und andere Unionspolitiker verlangten bis zuletzt, dass Gorleben zu Ende untersucht und dann auch als Atommüllkippe genutzt werden soll. Der damalige niedersächsische Mini-

sterpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatte Gorleben im Februar 1977 als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ mit Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), Endlager und weiteren Atomanlagen benannt. Die WAA erklärte Albrecht nach dem legendären Treck der Gorlebener Bauern nach Hannover im März 1979 zwar für nicht durchsetzbar, der Salzstock Gorleben aber wurde weiter untersucht. Tatsächlich entstand dort unter dem Deckmantel der Erkundung ein fast fertiges Endlager, wie auch hochrangige Vertreter der beteiligten Behörden später einräumten. Erst im September 2020 wurde Gorleben von der BGE aus dem neu aufgerollten Suchverfahren aussortiert. Der wichtigste Grund: Der Salzstock hat Kontakt zum Grundwasser. Bis zum Ausscheiden des Salzstocks wurden annähernd zwei Milliarden Euro buchstäblich ins Gorlebener Salz gesetzt.

Wörter: 348

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: (red)
Seite: 12 bis 12
Rubrik: LANDKREIS LANDSHUT

Jahrgang: 2024
Nummer: 20241129
Auflage: 18.616 (gedruckt)¹ 18.865 (verkauft)¹
19.745 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,053 (in Mio.)²

Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² von PMG gewichtet 7/2024

Faire und praktikable Lösung gesucht

Endlagersuche-Forum tagte wieder – Weitere Gespräche laufen

(red)

Landkreis. Beim dritten Endlagersuche-Forum versammelten sich in Würzburg etwa 500 Fachleute aus ganz Deutschland, um über die Fortschritte bei der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle zu beraten. Unter ihnen war Josef Klaus, Bürgermeister von Niederaichbach und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen (ASKETA), der an der zweitägigen Konferenz teilnahm.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) stellte die neuesten Schritte im Auswahlprozess vor.

Fragen vonseiten der Zivilgesellschaft, der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) und des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) wurden erörtert.

Die versammelten Bürgermeister unterstrichen die Lasten für Gemeinden, die seit Jahren radioaktive Abfälle zwischenlagern. Sie drängten darauf, die Suche nach einem permanenten Lager zügig voranzutreiben und den komplexen Prozess zu beschleunigen, da Zwischenlager nur eine temporäre Lösung darstellen. Klaus setzt sich dafür ein, dass die Standortsuche innerhalb absehbarer Zeit abgeschlossen wird. Änder-

falls müssten die Zwischenlager – und damit die Standortgemeinden wie Niederaichbach – die Verantwortung weiterhin tragen.

Klaus versichert, dass Niederaichbach aktiv an den Diskussionen teilnehmen und auf eine faire und praktikable Lösung für dieses gesamtgesellschaftliche Problem hinarbeiten wird. Ein reger Austausch mit den Bundestagsfraktionen findet statt: Gespräche mit der CDU/CSU und SPD wurden bereits im Bundestag geführt; mit den Grünen und der FDP laufen Terminabsprachen.

Wörter: 210

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

BS Braunschweig Spiegel

Schacht Konrad: Entsorgungskommission fordert Missachtung von Grund- und Trinkwasserschutz

28. November 2024 12:37

[Originalartikel](#) (Online Website)

Von AG Schacht Konrad

In ihrer Stellungnahme vom 24./25.10. Oktober 2024 stellt die Entsorgungskommission, ein Beratungsorgan des Bundesumweltministeriums, fest: „Aktuell gibt es keine Gebinde, die die Anforderungen aus den derzeit gültigen Endlagerungsbedingungen sowie den gemäß der Gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis (GwE) weiter zu berücksichtigenden Regelwerken vollumfänglich erfüllen und damit im Endlager Konrad eingelagert werden können.“

So weit, so richtig, doch die Konsequenzen, die die Entsorgungskommission daraus zieht, sind skandalös. Sie beklagt die häufigen Aktualisierungen des wasserrechtlichen Regelwerks, die „die Einlagerung von Abfallgebinden in das Endlager Konrad verhindern“ wird. Deshalb empfiehlt sie, die Verschärfungen zum Schutz von Grund- und Trinkwasser, die nach 2011 erlassen worden sind, auf das Atommülllager Schacht KONRAD einfach gar nicht anzuwenden. Weil eine sichere Zwischenlagerung der strahlenden Abfälle in den Zwischenlagern laut Entsorgungskommission zu teuer werden würde, soll der Müll bei KONRAD an geltendem Regelwerk und dem Trinkwasserschutz vorbei unter die Erde geschafft werden.

„...ich als Landwirt muss die Grund- und Trinkwasserverordnung einhalten, ein Atommüllendlager aber nicht!„

„Es kann doch nicht sein, dass ich als Landwirt, die aktuellen Grund- und Trinkwasserverordnungen einhalten muss, ein Atommüllendlager aber nicht“, erklärt Ludwig Wasmus, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD. „Es ist schon beeindruckend, wie rücksichtslos bei Schacht KONRAD ein Endlager errichtet werden soll, das weder den aktuellen Anforderungen an eine sichere Endlagerung noch dem aktuellen Grund- und Trinkwasserschutz genügt. Umso wichtiger ist die Klage für die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses, die jetzt eingereicht worden ist. Nur so können wir die nächste atomare Katastrophe nach der ASSE II in der Region verhindern.“

Die Entsorgungskommission schlägt folgenden Trick vor: Die Berechnungen zur Langzeitsicherheit von Schacht KONRAD aus den 1980er Jahren beruhen auf wenigen geologischen Daten und sehr unzureichenden Rechenprogrammen. Dies führte an vielen Stellen zu großen Unsicherheiten über die tatsächlichen Entwicklungen in dem Endlager. Um trotzdem eine Langzeitsicherheit nachweisen zu können,

wurden konservative Annahmen getroffen, z.B. über die tatsächlich enthaltenen Inhaltsstoffe in den Gebinden. Diese konservativen Annahmen will die Entsorgungskommission jetzt abbauen – ohne allerdings neue Naturdaten zur erheben und eine neue Langzeitsicherheitsberechnung vorzunehmen. Dass damit das gesamte damalige Konstrukt des Langzeitsicherheitsnachweises hinfällig werden würde, soll einfach ignoriert werden.
